



**An die Mitglieder des  
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben  
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 23. Februar 2022

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zu meinem Newsletter im Vorfeld der 8. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt. Am 24.02.2022 sowie am 25.02.2022 findet die zweite Plenarsitzung des Jahres statt. Auf der Agenda stehen diesmal insgesamt 23 Tagesordnungspunkte. Hier ein kleiner Einblick:

### **1. „Wassergesetz anpassen – Reaktivierung natürlicher Wasserrückhaltung in der Fläche“**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte den Antrag, nicht nur den ordnungsgemäßen Abfluss sondern auch die Wasserrückhaltung abzusichern, sodass Wasser bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Der Koalitionsvertrag der CDU, SPD und FDP beinhaltet die Zielstellung des Antrags und müsse kurzfristig realisiert werden. Hierfür solle der § 52 des Wassergesetzes geändert werden. Außerdem wird mit dem Antrag eine komplette Modernisierung des Wassergesetzes gefordert. Ein erster Entwurf soll bis I. Quartal 2023 vorgelegt werden. Gerade Sachsen-Anhalt leidet als trockenstes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland unter der momentanen Situation.

### **2. „Erprobung neuer Modelle zur Unterrichtsorganisation an den Schulen in Sachsen-Anhalt“**

Der Antrag wurde gemeinsam durch die Fraktionen der CDU, SPD und FDP gestellt, dies mit der Bitte an die Landesregierung, an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen neue Unterrichtsorganisationsmodelle zu erproben. Die modellhafte Erprobung soll durch das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) nach pädagogischen, schulorganisatorischen und lernpsychologischen Gesichtspunkten begleitet werden. Parallel soll geprüft werden, welche schul- und arbeitszeitrechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme der Modelle in den Regelbetrieb unserer Schulen geschaffen werden müssen. Dies aber vor dem Hintergrund, dass keine Arbeitszeiterhöhung der Lehrkräfte daraus folgt. Durch den landesweiten Lehrkräftemangel sollen den Schulleitungen so

weitere Instrumente zur Flexibilisierung der Unterrichtsorganisation in die Hand gegeben werden, um so bessere Bildung durch mehr Unterricht zu ermöglichen.

### **3. „Impfpropaganda an Schulen einstellen“**

Die Fraktion der AfD fordert mit ihrem Antrag unter anderem, jegliche Bewerbung, Organisation und Bedarfsabfrage sowie Angebote der SARS-COV-2-Impfung Minderjähriger an Schulen einzustellen. Gleichzeitig soll die durch die Landesregierung initiierte Impfkampagne „Wir ham ‘nen Stich“ zu beenden und weder in dieser Form noch in einer anderen Form wieder neu aufzulegen. Außerdem soll der Einsatz von mobilen Impfteams an Schulen unterbleiben. Begründet werden die Forderungen dadurch, dass Kinder und Jugendliche nicht ernsthaft gefährdet sind und deutlich seltener an schweren Verläufen erkranken. Potenzielle und tatsächliche Nebenwirkungen stehen in keinem Verhältnis zum „allenfalls minimalen“ Gesundheitsnutzen. Die Impfkampagne setze Kinder und Jugendliche durch angebliche Angst- und Panikmache unter enormen Druck.

### **4. „Impfungen gegen COVID-19 müssen freiwillig bleiben“**

Auch dieser Antrag wurde durch die Fraktion der AfD gestellt. Gefordert wird unter anderem, dass sich die Landesregierung für die Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einsetzen soll. Außerdem soll die Landesregierung Gesetzesentwürfe und Rechtsverordnungen zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht im Bundesrat ablehnen. Im Antrag selber wurden alle potenziell möglichen Impfnebenwirkungen bzw. Impfreaktionen als Argument gegen die Impfung hervorgehoben. Im Hinblick auf die Häufigkeit sollen diese als „Massenphänomen“ gelten.

### **5. „a) Verbraucher entlasten, Energiearmut verhindern – CO<sub>2</sub>-Steuer und EEG-Umlage schnellstmöglich abschaffen**

#### **b) Keine leeren Versprechen – Energiepreise senken – Menschen und Unternehmen entlasten“**

a) Dieser Antrag wurde seitens der Fraktion der AfD gestellt mit der Forderung an die Landesregierung, die CO<sub>2</sub>-Steuer und die EEG-Umlage schnellstmöglich abzuschaffen bzw. ersatzlos zu streichen.

b) Der hier verbundene Antrag wurde seitens der Fraktion DIE LINKE gestellt. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher einzusetzen. Unter anderem soll eine Einmalzahlung in Höhe von 200,00 € an Menschen erfolgen, die unter der Armutsriskoschwelle leben, der ALG-II-Satz und die Grundsicherung sollen erhöht werden und der CO<sub>2</sub>-Preis für das Heizen von Wohnungen soll vom Vermieter übernommen werden.

Beide Fraktionen sind sich mit ihren Anträgen einig, dass Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente einen deutlich größeren Teil ihres Geldes ausgeben müssen, stärker von der Teuerung betroffen seien und die Verbraucher schnellstmöglich entlastet werden müssen.

### **6. Aus dem Wahlkreis**

Auch über größere Ereignisse aus dem Wahlkreis möchte ich an dieser Stelle regelmäßig berichten. Dieses Mal geht es um das islamische Kulturcenter (IKC) in Halle-Neustadt.

Viele werden es in den Medien bereits verfolgt haben, in Halle-Neustadt gab es beim Islamischen Kulturcenter (IKC) am Meeresbrunnen Ende Januar einen unschönen Vorfall. Aus einem angrenzenden Wohnblock heraus schoss ein Bewohner mit seinem Luftgewehr auf das Gebäude und nach den Berichten der Beteiligten vor Ort auch auf einen Rollstuhlfahrer, der sich am Gebäude aufhielt. Getroffen wurde allerdings nur die Fassade.

Die Motivation für die Tat ist nicht bekannt, angeblich sollte das Gewehr nur ausprobiert werden. Die Mitglieder des IKC sowie die dort regelmäßig betenden Muslime und Nutzer der Angebote des IKC fühlen sich durch die Attacke unsicher und bedroht. Anfeindungen und Diskriminierung waren dort auch in der Vergangenheit leider keine Einzelheit.

Ein Grund für die Spannungen sind aus meiner Sicht sicherlich die beengten Verhältnisse vor Ort, die es regelmäßig erfordern, dass die Betenden dem für Muslime wichtigen und verpflichtenden Freitagsgebet im Freien folgen und dort auch ihre Gebete sprechen müssen. Dieser Zustand stört Anwohner auf der einen Seite und auf der anderen Seite ist es eine Zumutung für die Gläubigen.

Etwa fünf Jahre lang versuchte das IKC und die muslimische Gemeinde in Halle ein Grundstück für einen Erweiterungsbau zu erwerben. Der Verkauf des neben dem IKC befindlichen freien Grundstücks sollte seitens der Stadtverwaltung auch schon mehrfach umgesetzt werden, scheiterte aber an politischen Hürden. Nun kam es zur Bewilligung des Verkaufs im Finanzausschuss der Stadt, leider ohne öffentliche Debatte, ohne Einbeziehung der Stadtratsfraktionen und ohne Beteiligung der Bürger. Dies kann im Rahmen der Umsetzung weiteren Unmut auf Seite der betroffenen Anwohner auslösen. Mir bleibt damit zu hoffen, dass das IKC die Anwohner und Neustädter mitnimmt, sie umfassend und transparent informiert und sich weiterhin weltoffen zeigt.

Die Arbeit, die das IKC für eine friedliche und gelungene Integration, auch im Sinne der heimischen Bevölkerung, leistet, ist wertvoll und sollte unterstützt werden. Ich hoffe sehr, dass die positiven Aspekte der Sicherung und des Ausbaus der Angebote des IKC der breiten Masse nähergebracht und so Akzeptanz und Wertschätzung statt Argwohn und Ablehnung genährt werden können.

Über die Ergebnisse der einzelnen Punkte der Plenarsitzung sowie weitere Tagesordnungspunkte berichte ich Ihnen in der nächsten Woche.

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben